

15. Abgeordnete
Agneszka Brugger (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)
Anhand welcher Kriterien wird ein Hafen, in den Schleuserschiffe mit Flüchtlingen im Mittelmeer umgeleitet werden, als „sicher“ eingestuft, und welche Häfen erfüllen derzeit diese Kriterien?

Antwort des Staatsministers Michael Roth vom 14. Oktober 2015

Im Rahmen der EU-Operation EUNAVFOR MED können Schiffe, an deren Bord sich Flüchtlinge befinden, in sichere Häfen umgeleitet werden. Dabei handelt es sich in diesem Fall um Häfen der EU-Mitgliedstaaten. Ein Zurücksenden von Flüchtlingsschiffen, bzw. Flüchtlingen nach Libyen oder in Häfen anderer afrikanischer Staaten ist im operativen Regelwerk der Operation nicht vorgesehen.

16. Abgeordnete
Sevim Dağdelen (DIE LINKE.)
Scharfschützengewehre welchen Typs (www.waffenexporte.org/wp-content/uploads/2015/02/Waffen-Ex_T%C3%BCrkei.pdf) sind nach Kenntnis der Bundesregierung an die Türkei in den letzten fünf Jahren (Anzahl bitte nach Jahren auflisten) geliefert worden, und inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche), ob von Deutschland an die Türkei gelieferte Scharfschützengewehre auch in der Stadt Cizre im September 2015 zum Einsatz gekommen sind (www.spiegel.de/politik/ausland/gewalt-in-cizre-tuerkische-armee-stuermt-kurdische-stadt-a-1051639.html)?

Antwort der Staatsministerin Dr. Maria Böhmer vom 22. September 2015

Im Zeitraum vom 1. Oktober 2010 bis 30. Juni 2015 wurden 6 Einzelgenehmigungen für die Ausfuhr von Scharfschützengewehren (AL-Pos. A0001A) in die Türkei erteilt.

Jahr	Genehmigungen/ Anzahl Vorgänge	Stückzahl	Typ
2010	0	0	-
2011	3	601	Steyr SSG08
2012	1	3	Steyr SSG08
2013	0	0	-
2014	1	10	HK G28
1. Halbjahr 2015	1	1	Steyr SSG04

Die Bundesregierung hat keine Erkenntnisse darüber, dass von Deutschland gelieferte Scharfschützengewehre in der Stadt Cizre im September 2015 zum Einsatz gekommen sind.

17. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche), ob türkische Sicherheitskräfte in bzw. um Cizre Waffen aus Lieferungen Deutschlands an die Türkei (www.waffenexporte.org/wp-content/uploads/2015/02/Waffen-Ex_T%C3%BCrkei.pdf) zur Bekämpfung der Bevölkerung einsetzt, und wenn nicht, kann die Bundesregierung zumindest ausschließen, dass türkische Sicherheitskräfte Waffen aus deutschen Rüstungsexporten in die Türkei gegen die Bevölkerung in bzw. um Cizre einsetzt?

**Antwort der Staatsministerin Dr. Maria Böhmer
vom 22. September 2015**

Die Bundesregierung hat keine Kenntnisse darüber, dass türkische Sicherheitskräfte in Cizre und Umgebung Waffen deutscher Herkunft gegen die dortige Bevölkerung eingesetzt haben.

18. Abgeordneter
Dr. Diether Dehm
(DIE LINKE.)
- Was kann die Bundesregierung über bereits begonnene oder geplante Informationsoffensiven mitteilen, mit denen Migrant/innen, die womöglich nach Europa flüchten wollen, mithilfe von Gegenkommunikation von diesem Vorhaben abgebracht werden sollen (bitte die Länder benennen, in denen entsprechende Initiativen gestartet wurden bzw. werden), und in welchen Fällen haben Bundesbehörden bereits erfolglos oder erfolgreich versucht, Internetinhalte, mit denen Fluchthelfer/innen (etwa auf Facebook) Kontakt mit Fluchtwilligen aufnehmen wollen, nicht nur mit Gegenkommunikation zu kontern, sondern aus dem Internet zu entfernen (bitte auch mitteilen, wenn dies zwar noch nicht erfolgte, aber für die Zukunft geplant ist)?

**Antwort des Staatssekretärs Stephan Steinlein
vom 9. Oktober 2015**

Die Bundesregierung hat in unterschiedlichen Regionen Informationsmaßnahmen begonnen bzw. geplant, um über die rechtlichen Rahmenbedingungen von Zugangsmöglichkeiten in Deutschland, unsere Hilfe in Krisengebieten und Gefahren bei der Flucht aufzuklären. Die deutschen Auslandsvertretungen pflegen intensive Medienkontakte in den Herkunfts-, Erstaufnahme- und Transitländern. Über die Botschaftswebseiten, aber auch Auftritte in den sozialen Medien werden Informationen zu Aktivitäten vor Ort, zum Rechtssystem und zur gesellschaftlichen Realität in Deutschland zur Verfügung gestellt. Löschungen von Internetinhalten sind dabei nicht Teil von geplanten Kommunikationsmaßnahmen.

Die Deutsche Welle informiert im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags in Fernsehen, Hörfunk und Internet weltweit und insbesondere in den Sprachen der Flüchtlinge über die Situation in den Herkunftsländern, die